

Arbeitskreis Mieteranwältinnen und -anwälte und
Republikanischer Anwältinnen und -anwälteverein e.V. (RAV)
laden ein:



Veranstaltung, Berlin 19.6.2013

Zweckentfremdungsverbotsgesetz

Lösung der Wohnungsnot?

Eine kritische Bestandsaufnahme

Die große Koalition in Berlin hat den Entwurf eines „Zweckentfremdungsverbotsgesetzes“ vorgelegt. Sie präsentiert dieses Gesetzesvorhaben als Lösung gegen die sich zuspitzende Wohnungsnot in Berlin. Nach Darstellung des Senats soll verhindert werden, dass weitere Wohnungen durch zweckfremde Nutzung dem Markt entzogen werden. Darüber hinaus sollen ehemalige Wohnungen den Mieterinnen und Mietern wieder zur Verfügung gestellt werden.

- ❖ Kann die Regelung die massenhafte Umwandlung in Ferienwohnung stoppen?
- ❖ Kann damit die Umwandlung von Wohnungen in Gewerberaum verhindert werden?
- ❖ Ist dies ein wirksames Mittel gegen Leerstand und Abriss?

Anwältinnen und Anwälte sowie wohnungspolitisch Aktive hinterfragen kritisch die Geschichte, Möglichkeiten und Grenzen einer solchen gesetzlichen Regelung.

Termin

19. Juni 2013, 19.00 Uhr

Ort

Aula des GLS-Sprachenzentrums
Kastanienallee 82, 10435 Berlin
U-Bahnhof Eberswalder Straße U2
Tram M1, M12, 13
Der Eintritt ist frei

V.i.S.d.P
Rechtsanwalt Andreas Günzler
Kreuzbergstraße 42b | 10965 Berlin